

**MDR Aktuell –  
Wahlkreis Ost - Der Politik-Podcast aus Leipzig**  
Freitag, 01. Dezember 2023

Thema: Wohin steuert die Linke ohne Sahara  
Wagenknecht?

**Malte Pieper, Moderator**  
MDR Aktuell – Das Nachrichtenradio

**Uwe Jahn**  
ARD-Korrespondent

**Petra Sitte**  
Bundestagsabgeordnete der Linken

### **Malte Pieper**

Hallo und Willkommen zum alle 14 Tage stattfindenden Ost-West-Ritt durch die deutsche Politikszene. Mein Name ist Malte Pieper. Ich bin Redakteur und Moderator bei MDR Aktuell. Und für Anja heute eingesprungen ist mein Kollege Uwe Jahn. Und warum ausgerechnet Uwe? Das lässt sich relativ einfach erklären: Uwe, du bist Korrespondent im ARD Hauptstadtstudio, wo wir jetzt gerade auch aufzeichnen. Und du bist hier Experte für die Linkspartei. Und um die soll es heute gehen. Hallo Uwe, freut mich, dass das klappt.

### **Uwe Jahn**

Ja, das freut mich auch.

### **Malte Pieper**

Ich hab's gerade schon gesagt: Heute soll es um die Linke gehen, und zwar mit einer Frau, die die Linke im Osten vor allem außerhalb von Berlin so gut kennt wie nur wenige andere und die zur Entwicklung der Partei auch entscheidende Maßstäbe mitgesetzt hat. Dazu kommen wir gleich, was genau. Ein herzliches Willkommen an die Bundestagsabgeordnete Petra Sitte.

### **Petra Sitte**

Hallo, grüß Sie.

### **Uwe Jahn**

Hallo.

### **Malte Pieper**

Frau Sitte. In der kommenden Woche löst sich Ihre Fraktion auf. Nach dem Auszug von Sahara

Wagenknecht und ihren Getreuen. Nikolaus, am 6. Dezember, ist es offiziell soweit. Wie fühlen sich da die letzten Stunden an?

01:09

### **Petra Sitte**

Zwiespältig natürlich. Im Übrigen: wir haben gestern zusammengesessen und beschlossen, den Gruppenantrag zu stellen, der dann bei der Präsidentin eingehen wird, zum 06.12. Also d. h. nicht nur, dass die sogenannte Liquidation – leider kann man das nicht anders nennen, d. h. ja nicht, dass wir uns auflösen oder die Fraktion nicht mehr –

### **Malte Pieper**

– Sie verschwinden nicht auf einmal von heute auf morgen.

### **Petra Sitte**

Genau. Ich denke manchmal in der S-Bahn: Oh, ich würde mich jetzt gern auflösen, weil es so eng ist. Aber diese Erwartungen der anderen kann ich nicht erfüllen. Aber wir bleiben als Abgeordnete. Wir haben auch ein paar Dinge schon beredet, wie wir vorgehen. Aber zum gleichen Tag wird bei der Präsidentin der Antrag gestellt, als Gruppe anerkannt zu werden vom Bundestag. Und wie man sich fühlt... zwiespältig. Also natürlich ist es eine Niederlage. Das muss man mal sagen. Wir haben zwar Geschichte geschrieben, aber der Satz ist in dem Zusammenhang ein bisschen zynisch. Für mich ist das insofern bitter, als wir ja eine andere Ausgangsbasis hatten, als wir ja immerhin noch in mehreren Ländern an Regierungen beteiligt sind. Also insofern ist das schon bitter. Andererseits merkt man, wie wichtig wir im Bundestag sind. Also meine Kollegin Nicole Gohlke und ich, wir sind beide im Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung. Und die letzten Sitzungen waren davon geprägt, dass Kollegen und Kolleginnen kamen und sagten: „Diese Beiträge werden uns in diesem Ausschuss fehlen.“ Also wenn man unter der Hand gesagt bekommt von Abgeordneten anderer Fraktionen: „Gott sei Dank bringt ihr es immer auf einen Punkt“, dann weiß ich, dass für die Linke eine echte Aufgabe auch im Bundestag besteht, die Dinge auf den Punkt zu bringen, die Widersprüche zu benennen und die Konflikte. Und das wird schwerer, wenn

man erst mal zunächst fraktionslose Abgeordnete ist. Aber das wird auch schwerer, wenn wir Gruppe sind, weil wir nicht mehr über die gleichen parlamentarischen Rechte verfügen.

#### **Uwe Jahn**

Ja, Sie haben gesagt, man muss im Stoff stehen. Dazu hatte die Fraktion ja auch immer einen Mitarbeiterstab, der inhaltlich gearbeitet hat, über hundert Leute, die mit der Liquidation ja erst mal jetzt sozusagen freigestellt werden oder sozusagen praktisch aus dem laufenden Betrieb so ein bisschen genommen sind. D. h. dann für die direkten Mitarbeiter in ihrem Büro wird es sehr viel mehr Arbeit sein oder für Sie oder wie wird sich das auswirken?

#### **Petra Sitte**

Na, für alle Beteiligten. Also für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf der Stelle einer der Fraktion saßen, ist es natürlich bitter. Wir haben einen Sozialplan. Die sind jetzt noch bis Ende März beschäftigt und können uns aber nicht mehr direkt unterstützen, weil im Zuge einer Liquidation dürfen die Mitarbeiter für uns keine Dienstleistung, keine inhaltliche mehr machen. Und da sind eine Menge Mitarbeiter dabei, die einfach fachlich super sind, also die eine Expertise haben, von der man weiß, die bekommt man nur, wenn man über Jahre an den Themen gearbeitet hat; die engagiert sind, die die Fraktion gut kennen, die die Partei gut kennen, weil viele von denen ja auch ehrenamtlich unterwegs sind. Und darüber hinaus ist es menschlich einfach schrecklich, muss ich sagen.

#### **Uwe Jahn**

Wenn wir beim Menschlichen sind, würde ich Sie gerne noch fragen: Die zehn Abgeordneten, die jetzt nicht mehr zu Ihnen gehören, fehlen Ihnen die?

#### **Petra Sitte**

Was heißt fehlen? Also erstens, es ist bedauerlich, dass wir die Konflikte nicht schon vor Jahren geklärt haben, dass wir es nicht geschafft haben, Kompromisse zu finden. Aber es hat sich auch dann erwiesen, dass selbst die Kompromisse, die geschlossen worden sind, nicht tragfähig genug waren, sondern dass die Wege immer weiter auseinandergegangen sind. Und

nun hat sich die Partei geändert. Und im Übrigen hat sich jede Partei geändert, ob das die SPD ist, die versucht, sich von der Agenda 2010 abzusetzen, ob das die CDU ist, die sich versucht, von der Merkel-Ära abzusetzen, ob das die Grünen sind, die sich von ihrer Vorgeschichte mehr und mehr entfernen. Nur die FDP hat sich nicht geändert. Die erzählen noch das gleiche neoliberale Zeug wie vor 20 Jahren: schlanker Staat, Bürokratie – na gut, da ist ja sogar was dran – ansonsten radikale Individualisierung, jeder ist für sich selbst verantwortlich und sonst gar nichts und 82 Millionen sollen vorne in der ersten Reihe in der Mitte sitzen können.

#### **Malte Pieper**

Aber nachdem die sich auch schon mal liquidieren mussten, 2013 aus dem Parlament geflogen sind, waren sie dann wieder sehr erfolgreich damit.

05:40

#### **Petra Sitte**

Ja, aber jetzt gerade auch nicht. Denen fehlt auch nur noch 1%. Uns fehlt 1% zu den 5 und denen fehlt 1% zu den 4.

#### **Malte Pieper**

Haben Sie eigentlich ihren Frieden inzwischen damit gemacht? Weil man hatte so ein bisschen den Eindruck, als das am Anfang dann sehr offensichtlich anfang zu zerbröseln, die Fraktion, dass Sie da eher zurückhaltend waren, um darüber zu reden, wie das alles so wird. Haben Sie jetzt einen Haken rangemacht: „Ist jetzt so“?

#### **Petra Sitte**

Ach ja, klar trägt man den Konflikt, der da schwelt, nicht nach außen und versendet die Botschaft, weil das ist ja noch demotivierender. Insbesondere auch für jene, die sich für uns engagieren, insbesondere für jene, die uns gewählt haben. Und da versucht man schon erst mal zu sagen: Okay, lass uns das hier drin behalten. Wir versuchen es in der Fraktion zu klären, in der Partei zu klären. Aber selbst das ist ja nicht mehr aufgegangen. Und ich habe irgendwann vor gut einem Jahr mit dem Kapitel abgeschlossen.

**Uwe Jahn**

Ich würde gerne noch mal, wenn ich darf, auf das Stichwort Niederlage zurückkommen, dass Sie gesagt haben. Wenn sie das als eine Niederlage begreifen, dass Sahra Wagenknecht und ihrer Anhänger und Anhängerinnen gegangen sind, dann klingt das ja so, als wenn Sie einen Teil der Verantwortung auch bei sich selbst oder bei der Partei sehen. Denn tatsächlich ist es ja so gewesen... also eine andere Perspektive könnte ja sein: Frau Wagenknecht hat z. B. beim Parteitag in Erfurt keine Mehrheiten mehr für ihre Politik und für ihre Standpunkte bekommen können und daraufhin hat sie dann irgendwann die Konsequenzen gezogen. Aber Sie sehen das offenbar anders. Wie?

**Petra Sitte**

Nein. Also erstens auf Ihre Frage eingehend: Es wäre ja vermessen zu sagen, der Fehler liegt nur bei den anderen. Und ich glaube schon, dass wir zwar versucht haben, das immer wieder aufzugreifen, aber wir haben es letztlich nicht zu dem Punkt geführt, also zu einer Schlussfolgerung, zu einer Konsequenz. Sondern wir haben versucht, über Jahre Schwurbelkompromisse zu machen. Ob das auf einem Parteitag war zwischen den Strömungen oder ob das in der Fraktion war. Und letztlich hat man es ja auch nicht in der Hand, was der oder diejenige in der Öffentlichkeit sagt. Und bisweilen ist mir da wirklich das Gesicht eingeschlafen, weil ich gedacht habe: Hey, das haben wir doch gestern in der Fraktion völlig anders abgestimmt. Da gab es doch ganz klare Mehrheiten für die und die Position. Wieso wird nicht über diese Position geredet? Ich bin ja auch nicht immer eins mit meiner Partei, aber ich stelle mich doch da nicht vor ein Mikro und erzähl genau das Gegenteil dessen, was meine Mitgliedschaft beschlossen hat. Und wenn ich was ändern will, muss sich auf den Parteitag gehen. Und wenn ich dort keine Mehrheit bekomme, ja, dann kann ich mir überlegen, ob es meine Partei ist noch oder ob ich weiter bleibe und vielleicht für veränderte Mehrheiten kämpfe. Und das ist aber überall in der politischen Auseinandersetzung so und das ist in jedem Vereinswesen so.

**Uwe Jahn**

Das klingt aber, als hätte man viel früher eine Konsequenz ziehen müssen.

**Petra Sitte**

Ja, klar.

**Uwa Jahn**

Welche?

**Petra Sitte**

Ja, klar hätte man von Anfang an diese Konflikte, die da aufgetaucht sind, die hätte man klarer benennen müssen, klarer in Beschlusslagen fassen müssen. Und ich will das mal so deutlich machen: Wir haben ja auch eine veränderte Mitgliedschaft. Wer jetzt bedauert, dass wir nicht mehr die Partei von vor zehn Jahren sind, dem sage ich erst mal ein bisschen polemisch: Na, Gott sei Dank sind wir das nicht mehr. Das würde ja auch bedeuten, zu bedauern, dass wir nicht mehr die Partei von vor 30 Jahren sind. Ich bin ja noch eine kleine, ordentliche Altlast. Ich kenne noch die SED und ich weiß, wie solche Parteien ticken, die solche Hierarchien und solche stalinistischen Strukturen verinnerlicht hatten und umgesetzt hatten. Das war ein Akt, auch nicht nur der Befreiung für viele Menschen in der DDR 1989, sondern es war auch eine Befreiung für meinen Kopf. Und da habe ich mir auch selber auferlegt, Widerspruchsgeist und neben der Spur zu denken und abzuwägen, Kontexte abzuwägen, andere Meinungen. Dieses Training, das hat sich sozusagen bei mir eingegraben. Abgesehen davon mache ich Wissenschaftspolitik, habe ich ja vorhin schon gesagt, da gehört das eh dazu zum Verständnis. Und diese Entwicklung der Partei in den letzten Jahren ist vor allem davon geprägt: Wir haben viele Jüngere bekommen, die nahezu vollständig ersetzt haben, Menschen, die ausgetreten sind oder leider Gottes verstorben sind, und die viel bedingungsloser in manchen Fragen sind. Die sind vielleicht nicht mit einer ideologisch gefestigten Meinung gekommen, sondern mit einem Thema, was ihnen besonders brennt. Ob das Migrationspolitik, ob das Umweltpolitik ist, ob die aus den sozialen Bewegungen kommen oder was auch immer. Das zusammenzubringen ist jetzt die Aufgabe sowohl in der Fraktion als auch in

der Partei. Das müssen wir gemeinsam machen und darauf muss ich mich einlassen. Ansonsten bin ich falsch am Platz. Und ich muss es vor allem abgleichen. Also die soziale Frage, sage ich immer, lauert ja wie überall, ne: Ich muss es abgleichen mit dem, was Menschen berührt in ihrem Alltagsleben. Was kommt wo wie an? Da sind wir natürlich eine Herausforderung, gerade weil wir auch viele akademische Jugend haben, städtische Jugend. Was passiert mit denen, die auf dem platten Land leben? Meine Oma kommt auch vom Dorf. Also das tickt noch mal anders. Dort haben wir ja auch Probleme, uns zu vernetzen. Aber das ist doch das eigentlich spannende für eine moderne linke Partei, die die soziale Frage durch alle Politikfelder ziehen will.

### **Malte Pieper**

Aber da sind wir im Grunde genau beim Punkt. Ich habe am Anfang gesagt, Sie kennen den Osten wie wenige andere. Sie haben Maßstäbe gesetzt bei der Entwicklung dieser Partei. Sie wohnen seit Ewigkeiten in Halle. Sie haben da Ökonomie studiert, Sie haben da promoviert, Sie sind 81 in die SED eingetreten, saßen ab 1990 im Landtag von Sachsen-Anhalt. 1994 dann haben Sie das Magdeburger Modell mit-erfunden, damals – nur zur Erinnerung, es ist jetzt fast 30 Jahre her – stützte die PDS acht Jahre lang gegen erbitterten Widerstand des bürgerlichen Lagers eine SPD-geführte Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt. Das war quasi der Türöffner, der Weg raus aus der SED-Nische. Dann kamen die ersten rot-roten Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg. Also, nachdem, was Sie da mit dieser Partei mitgemacht haben, wo Sie sie neu justiert haben in eine andere Richtung – Sie haben es gerade schon mal angedeutet – wo muss sie jetzt hin? Also was muss man jetzt mit dieser Partei machen? Wie muss diese Partei auf 2030 hin zulaufen, 30 Jahre nach dem Magdeburger Modell?

### **Petra Sitte**

Also ich sage mal, um eine linke Partei der Zukunft zu werden, muss ich mich um die Zukunftsthemen kümmern und um die Generationen, die auch diese Zukunft tragen, aber nicht um den Preis der Vernachlässigung derer, die heute leben. Also wenn Sie betonen, dass ich

eine besondere Ost-Kompetenz habe – was mit Sicherheit so stimmt – dann bedeutet das ja eben auch mit im Auge zu haben: Menschen, die diese Osterfahrung insbesondere nach der Wende auch gemacht haben mit all den Verletzungen, mit den Ausgrenzungen, mit der Arbeitslosigkeit, mit niedrigeren Renten und dergleichen mehr, also 81% der Ostdeutschen konnten nicht in ihrem Beruf bleiben. Meine Mutter war vier Mal arbeitslos. Beim ersten Mal hat sie mir später angedeutet, dass sie ernsthaft überlegt hat, sich das Leben zu nehmen – meine Eltern wohnen in der 18. Etage – und das kurz vor Weihnachten. Da weiß ich, das sind Verletzungen, die graben sich nicht nur in deren Seele ein, sondern in Familien. Das sind Generationenerfahrungen. Und ob das jetzt die ostdeutschen Jugendlichen sind, die westdeutschen Jugendlichen, jetzt sozusagen diese Entwicklung in Ostdeutschland, und das Potenzial haben wir ja, in Erneuerung, in Technologieentwicklung, in Beschäftigung umzumünzen, in Lebensperspektiven, Hochschulen und dergleichen mehr. Das zu schaffen, das zusammenzubringen, das ist sozusagen auch etwas, was man aus einer ostdeutschen Erfahrung heraus schöpfen kann, weil die Leute eben bei null angefangen haben.

13:48

### **Malte Pieper**

Aber heißt das, man braucht so eine Art PDS 2.0, also eine Partei, die sich vordringlich um Ostdeutschland kümmert mit dem Hintergedanken, die Westausdehnung – wäre jetzt meine These – ist gescheitert, wenn ich mir die letzten Wahlergebnisse angucke: Hessen 3% Niedersachsen 2,7%, NRW 2,1%, Schleswig-Holstein 1,7%? Es ist ja nicht so, dass die Leute da auf eine Linkspartei warten im Moment. Also was ist die Konsequenz? Wir konzentrieren uns auf unsere Stärken, die wir mal hatten, als Kümmererpartei, wir sind da und wir kümmern uns jetzt vor allem um die fünf ostdeutschen Länder?

### **Petra Sitte**

Also ich sage mal, wir haben über ein paar Jahre, glaube ich, sehr intensiv versucht, gesamtdeutsche Linke zu werden. Und haben dabei auch Inhalte nivelliert, haben dabei den

Umgang auch mit Themen, die kulturelle Ansprache, wie man so schön neudeutsch sagt – ich finde da jetzt gerade nicht so ein vernünftiges Wort – also wie man redet miteinander. Das haben wir, glaube ich, vernachlässigt. Und da haben viele Leute einen feinen Nerv dafür, was das bedeutet –

### **Malte Pieper**

– was meinen Sie konkret?

### **Petra Sitte**

– was bei denen ankommt. Das Bemühen im Westen anzukommen, anerkannt zu werden auch in westdeutschen Ländern, führt auch dazu, unter Umständen zu sagen: Okay, dann reden wir heute mal nicht über die ostdeutschen Probleme. Ich verkürze das jetzt mal bewusst. Und da kann ich mir schon vorstellen, dass mancher gedacht hat: Ah, die wollen jetzt hier sozusagen abrücken von den Erlebniswelten der Ostdeutschen, von ihren Problemen. Und dann gab es einen besonderen Punkt, der mich über Jahrzehnte begleitet hat. Das war nämlich der Punkt: unsere Migrations- und Flüchtlingspolitik. Das ist mir sozusagen schon in den 90er-Jahren gesagt worden. Also – ich komme ja aus Sachsen, ich darf das jetzt machen – „also mit eurer Flüchtlingspolitik, da müsst ihr noch mal darüber reden. Also das sehe ich ja überhaupt nicht so. Aber ich wähle euch trotzdem.“ Und dann gab es ein anderes Protestangebot. Wir waren ja sowohl beteiligt an Regierung als auch immer noch Protestpartei. Und dieses andere Protestangebot war eine Partei, die sich ausdrücklich mit einer anderen Migrations- nämlich einer Antimigrationspolitik aufgestellt hat, die gegen Menschen polemisiert bis heute, und die auch befeuert gewaltsame Übergriffe gegenüber Menschen mit anderen Hautfarben oder anderer Herkunft.

### **Malte Pieper**

Reden wir über eine Partei, deren Parteiname mit „Alternative“ anfängt?“

### **Petra Sitte**

Ja. Und das war für manchen unter diesem Blickwinkel eher ein Andockpunkt, weil das natürlich viel einfacher ist, sich umzusehen: Wer hat denn da jetzt aus welchen Gründen jetzt

doch einen Happen mehr als ich. Und das hat mich ehrlich gesagt, eine Weile ratlos gemacht, dass viele Ostdeutsche ja so eine innere Verletzung empfunden haben, dass sie bis heute schlechter bezahlt werden, dass sie schlechtere Renten zum Teil haben. Die künftigen Generationen werden auch, weil sie schlechter bezahlt werden, schlechtere Renten haben. Es gibt keinen Ausgleich mehr dieser schlechteren Entlohnung – was es über lange Jahre noch gab in der ostdeutschen Rente – das alles gibt es nicht mehr. Und dann wenden sie sich ausgerechnet gegen jene, die noch schwächer sind, also die nicht mal nach dem Existenzminimum bezahlt werden, was wenigstens noch Hartz IV... da hat das Bundesverfassungsgericht ein Existenzminimum bestimmt. Und das hat mich, ehrlich gesagt, ziemlich beschäftigt, macht mich heute manchmal noch ratlos, weil der Konflikt läuft doch nicht zwischen denen, die zu uns gekommen sind und schwach sind, sondern zwischen denen, die hier sind und schwach sind. Sondern der verläuft doch zwischen unten und oben, diese unsägliche Umverteilung nach wie vor von unten nach oben. Gerade gestern im Ausschuss hat ein Kollege zu mir gesagt, Familie Schwarz hat jetzt 2 Milliarden für irgendein Forschungsprojekt, ich glaube, in Baden-Württemberg oder... ich weiß es nicht genau; Im Bereich der künstlichen Intelligenz investiert. Ja, aber diese Familie wird gelistet mit einem Vermögen oder der Herr Schwarz wird gelistet mit einem Vermögen von 44,6. Da sind die 2 Milliarden jetzt auch nicht unbedingt das, was ihn arm macht. Aber das ist ein Indiz dafür, dass wir irgendwie in diesem Land falsch besteuern. Und so ein Vermögen zu haben, das hat doch nichts mehr mit Ihrer oder meiner oder seiner Leistung zu tun. Das ist doch absurder Reichtum. Das ist gesellschaftszersetzender Reichtum. Und das ist für die Leute aber so weit weg, dass sie diesen Mut und diese Schlussfolgerung „Eigentlich muss ich mich gegen diese ungerechte Lastenverteilung in diesem Sinne wenden“ hat natürlich auch was Systemisches. Und das ist schwieriger zu erklären, das ist schwieriger an den Mann zu bringen und das können sich die Leute oftmals nicht vorstellen. Dabei haben sie schon mal ein System aus den Latschen geschubst. Ich meine, warum soll nicht genau

diese Energie auch dazu herhalten, die Zukunftsfragen und die Verteilungsfragen in diesem Land anders zu klären, anders einzufordern?

### **Uwe Jahn**

Das Interessante ist ja bloß, dass die Linke ganz offensichtlich den Nimbus der Protestpartei verloren hat. Also wenn AfD-Abgeordnete heute sagen „Wir sind der ausgestreckte Mittelfinger der Republik“, dann kann man eben über die Linke sagen, die sich eben an kleinen und großen Anfragen abrackert oder in den Ausschüssen mitarbeitet: Sie werden ja vielfach als Teil des Systems gesehen auch. Das ist mein Eindruck. Ich würde – wenn Sie jetzt nicht sofort widersprechen – würde ich sehr gerne nochmal diese Veränderung der Partei, über die Sie gesprochen haben, ansprechen. Wenn man jetzt z. B. ... also Sie sind aus Halle, da gibt es einen Ortsverein. Ich könnte mir vorstellen, dass der eben sehr gemischt zusammengesetzt ist. Da gibt es einmal sozusagen die etwas Älteren, und es gibt dann die – es ist eine Uni-Stadt – die eher studentischen Jungen, die eben auch einen ganz anderen Blick auf die Welt haben, und es gibt, was ja auch interessant ist, eine fehlende Mitte. D. h. zwischen 40 und 50 z. B. haben wir relativ wenig in der in der Mitgliedschaft auch im Osten, höre ich bei der Linken. Wie erleben Sie denn diese unterschiedlichen Lebenswelten dann tatsächlich an der Basis?

### **Petra Sitte**

Sie haben das sehr gut beschrieben. Ich hätte es jetzt auch nicht anders sagen können. Das ist tatsächlich ein schwieriges Ding. Das merke ich immer, wenn wir uns treffen zur Gesamtmitgliederversammlung im Stadtverband, dass da tatsächlich auch Welten dazwischenliegen, andere Erlebniswelten, andere Bildungswelten, andere kulturelle Welten, Sozialisierung. Das ist so. Und das zusammenzubringen ist nicht einfach. Das führt bisweilen auch zu Irritationen. Da stößt man sich auch schon mal gegen den Kopf, weil die Jüngeren sich eigentlich... Wie soll ich das sagen? Nicht, dass sie geschichtslos sind, überhaupt nicht, aber sie wollen sich offenkundig nicht so sehr lähmen lassen durch die Geschichte, die wir ja als Partei,

das Tal, das wir durchschritten haben, die Entwicklung, die wir durchlaufen haben in der Bundesrepublik; das ist jetzt weniger ihr Thema. Das finden sie mal interessant, wenn ich das erzähle. „Frau Sitte erzählt Histörchen aus den Befreiungskriegen. Nett.“ Aber das ist nicht ihr Thema. Sie wollen nach vorn. Und sie wollen es halt nicht nur hier, sondern sie wollen es über die Grenzen hinaus, weil für sie – völlig richtig – viele Probleme eben nicht national lösbar sind. Und die ältere Mitgliedschaft möchte aber mit dem, was sie geleistet hat, sowohl nach der Wende Fuß zu fassen, was Arbeit anbetrifft, was Lebensgestaltung anbetrifft, Familie, aber eben auch in der Partei auch respektiert werden. Und dann gibt es, glaube ich, noch eine Geschichte, die wir miteinander klären müssen: Was ist denn eigentlich eine Partei in diesen Zeiten? Also es gibt bei uns ja auch eine ganze Reihe von Mitgliedschaft, die sagen „Partei ist die Plattform, von der aus man verknüpfen kann sich mit Bewegungen“. Und die Bewegungen viel stärker betonen als ich oder unsere ältere Mitgliedschaft, für die eher die Partei das Mittel der Wahl ist, um in dieser Gesellschaft was zu ändern. Und das schließt sich nicht aus, dass das beides zusammengeht. Aber das führt bisweilen auch zu polarisierten Diskussionen und zur Überhebung der einen wie der anderen Position. Und deshalb sind manche, wie sie sich bei uns nennen – das wissen Sie ja, sind ja Insider – Bewegungslinke und manche sind eben ja eher nicht da, anders verortet. Also ich denke, da muss man zusammenkommen und die Diskurse anschieben.

### **Malte Pieper**

Ich würde den Blick gerne noch einmal wieder weiten, von der Partei weg. Also wir haben vor – haben gerade schon mal darüber gesprochen – vor zehn Jahren, glaube, es war vor der Bundestagswahl 2013, kann aber auch 2009 gewesen sein; mal zusammen in Halle auf dem Marktplatz gesessen vor dieser Wahl. Und damals sprachen wir darüber, wie erfolgreich Sie als Partei seinerzeit in den Plattenbaugebieten gewesen sind. Sie haben 2005 den Wahlkreis Halle mit fast 34% der Stimmen direkt gewonnen. Und als wir uns damals unterhalten haben, dann haben Sie geseufzt, haben gesagt: „Na ja, ehrlich gesagt, das war mal. Es fällt

auch uns als Linke immer schwerer, die Menschen da überhaupt noch zum Wählen zu motivieren, weil sie an keine Besserung ihrer Situation eigentlich glauben.“ Jetzt sind wir zehn Jahre weiter. Was ist denn über die Jahre schiefgelaufen, möglicherweise quer durch die Parteien, dass das bis heute nicht gelingt. Und dass, wenn diese Leute dann wählen gehen, machen sie ihr Kreuz gerne mal bei der Partei, die das Wort Alternative im Namen trägt? Was läuft denn da seit 10, 20 Jahren schief?

### **Petra Sitte**

Ich glaube, dass es eine bittere Erfahrung ist, `89 die Wende herbeigeführt zu haben und 20 Jahre später festzustellen, dass all die demokratischen Prozesse der Auseinandersetzung, der Kompromissfindung, in ihrem Alltag immer wieder zu Verschlechterungen geführt haben. Also das Wort „Reform“ ist im Osten nicht positiv besetzt, weil die Leute immer wieder festgestellt haben: Am Ende jeder Reform war in ihrem Portemonnaie, in ihrem Leben, weniger Platz für Vermögen, weniger Platz für soziale Sicherheit, vor allem Rentenreformen. Und dann haben diese Rentenreformen auch noch ausgerechnet Leute gemacht, die gar nicht in dieser Lebenssituation waren, die das also gar nicht mitbekommen haben. Dann ist die Rentenreform wie eine offene Wunde für den Einigungsprozess, weil viele Dinge nicht überführt worden sind in das neue Rentensystem. Und das war so in den ersten Jahren der große... darüber wurde immer wieder geredet. Wir haben uns im Bundestag wirklich aufgehäufelt, über dieses Thema zu reden. Und irgendwann hat mal ein CDU-Abgeordneter im Bundestag gesagt: „Wisst ihr was? Seit doch froh, dass wir überhaupt ein Teil eures Rentensystems übernommen haben. Aber wir müssen doch jetzt nicht noch die Zusatzsysteme, die ihr aus einer ideologischen Perspektive eurer Bevölkerung versprochen habt, bedienen.“ Und da war mir klar: Das wird nichts! Und das hat viele Leute wirklich verletzt, weil sie ja natürlich daraufgesetzt haben. Und ich spüre, dass gerade bei uns – Halle-Neustadt, Süden oder Silberhöhe – wie über die Jahre hinweg die Leute dadurch desillusionierter, frustrierter geworden sind. Und dass die Botschaften, die einfachen Botschaften, sich reingefressen haben, auch in ihren Kopf und in ihr Herz –

### **Malte Pieper**

– kann man das heilen, das desillusioniert sein?

### **Petra Sitte**

Ich glaube, man kann es heilen, indem wir im Bundestag selbstverständlich dafür sorgen, dass diese Themen angesprochen werden. Was ich nicht will – also ums Verrecken nicht – ich werde nicht diese Sprache der AfD übernehmen, nur um schrill und auffällig zu sein. Ich werde nicht Hetze und Hasssprache benutzen. Das ist schwieriger. Ich weiß das. Das dauert länger. Aber ich meine, man muss ja bei sich bleiben und nicht sozusagen genau diese Überziehung, diese persönliche Herabsetzung in die politische Sprache übernehmen. Wer sagt „Doch, das muss man“, okay, dann bin ich eben nicht die Richtige an der Stelle, mit mir nicht. Und das erwarten aber manchmal die Leute. Und wenn Sie vor Menschen stehen, die die Brille geklebt haben mit einem Pflaster an der Seite, bei denen man sieht, dass das mit dem Zahnarzt schiefgegangen ist, die einfache Sachen tragen, die also mehr und mehr in dieser Gesellschaft verloren gegangen sind, da passiert das auch manchmal, dass man das Gefühl hat, die haben sich auch selber verloren. Nicht in ihrer Achtung, aber die sind auch für uns nicht mehr ansprechbar. Und da richtet sich sozusagen der Frust, es den anderen zu zeigen, eher ... oder die Erwartung eher an die AfD, weil die genau das versucht in Politik oder in Wahlstimmen umzusetzen. Aber am Ende hilft es Ihnen genauso wenig. Und wenn ich dann sage „Ja, wir haben das und das und so weiter“, dann wird mir oft gesagt „Ja, das finde ich ja auch gut und das ist ja auch nicht schlecht und ja, selbstverständlich, aber trotzdem.“ Und dieses „aber trotzdem“, da bleibe ich immer dann hängen. Also insofern kommt dann noch hinzu, dass diese Dinge dazu geführt haben, dass viele Leute in den Bereichen überhaupt nicht mehr wählen gehen. Wir hatten ja Wahlbereiche in den sogenannten sozialen Brennpunkten, in denen nur 38% wählen gegangen sind. Und da ist es für eine Linke natürlich dann nochmal schwieriger, weil auch wir in unseren wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen Konzepten eben Veränderungen vorgenommen haben, die nicht mehr die 70er-Jahre-Konzepte sind und -Rezepte.

28:27

**Uwe Jahn**

Nun haben wir aber ein bisschen so eine Ausgangssituation fast gemalt für die anstehenden Landtagswahlen auch in drei ostdeutschen Ländern. Würde mich jetzt schon interessieren nach diesem Prozess des Weggehens, des Verlassens der Frau Wagenknecht und ihrer Leute. Im Moment sind Ihre Umfragewerte nicht gerade einen Traum. Wie gehen Sie denn da rein und wie sehen Sie darauf? Es war ja beim Parteitag so ein bisschen so etwas wie eine Erleichterung, als hätte man... als könnte man jetzt seine Vergiftungserscheinungen, die dieser Streit eben gezeitigt hat, hinter sich lassen. Aber trotzdem noch mal vor dem Hintergrund dessen, was Sie gesagt haben: Wie blicken Sie auf die Wahlkämpfe, die da kommen? Und wo bleibt die Linke dann noch?

**Petra Sitte**

Ja, also mir wird auf der Straße immer wieder gesagt: Also, gerade jetzt, gerade jetzt brauchen wir doch eine starke linke Partei. Toller Satz. Stimmt. Es ist ja auch schwer vorstellbar, dass links bei der SPD aufhören sollte, insbesondere der von Herrn Scholz, der auch die Agenda 2010 damals mitgetragen hat. Deshalb glaube ich, dass wir diese Wahlkämpfe erstens nutzen sollten... eigentlich haben wir das immer versucht, deshalb bin ich immer in der Falle, wenn mir jemand sagt: ihr müsst wieder Kümmererpartei werden. Ja, was kann man denn mehr machen, als an Haustüren klingeln, Infostände, zu allen Streiks gehen, mit den Leuten reden, zu Versammlungen gehen? Also dieses Spektrum, Sozialsprechstunden machen wir in Halle, ist ja geblieben. Deshalb glaube ich, dass wir das in diesen neuen Wahlkämpfen auch verknüpfen müssen mit einem solidarischen Grundgedanken. Also diese Gesellschaft wird nur eine Chance haben und damit jeder Einzelne in der Gesellschaft, wenn sie solidarisch grundiert ist, sowohl in der Lastenverteilung als auch in der Frage „Wer hat hier eigentlich von den Steuereinnahmen was?“ Also Bildung, Kultur, Kunst, Sport, Kommunen, Infrastruktur – das sind doch alles Leistungen einer Gesellschaft, die Sie aus den Steuereinnahmen realisieren muss.

**Malte Pieper**

Aber das kriege ich doch alles bei Frau Wagenknecht auch, gepaart mit dem Migrationsanspruch, den Sie eben angesprochen haben, also „haltet uns die Leute vom Hals.“

**Petra Sitte**

Nein, das kriegen Sie so nicht bei Frau Wagenknecht, weil wir nämlich nicht differenzieren, der bekommt und der bekommt nicht, sondern das gilt dann schon unterschiedslos für alle. Und das auszuhöhlen, ist, glaube ich, existenzgefährdend für die Gesellschaft, für die Demokratie. Und deshalb ist für uns wichtig, dass wir in den ostdeutschen Ländern den Unterschied deutlich machen. Was ist denn passiert in Bremerhaven und in Bremen? Was ist passiert in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen, sowohl im Bildungsbereich, im Wissenschaftsbereich? Oder was ist passiert, als die Linke in Berlin mitregiert hat bezüglich der Entwicklung der Hochschulen, der Beschäftigungssituation im Kulturbereich, gerade im Kontext auch der Corona-Pandemie? Also, wo klar wird, wo die Linke regiert, macht es einen Unterschied. Und das bedeutet für uns an der Stelle auch mit der Partei gemeinsam, mit einem starken Zentrum, jetzt sowohl die Landtagswahlen und damit auch die Erfahrungen, die wir in Ostdeutschland auch in den letzten zehn Jahren gemacht haben, mit den Veränderungen, dass diese ja auch grundieren, die Veränderungen, die im Westen anstehen. Also wir haben ja die Strukturfrage, die stand ja im Westen schon Anfang der 90er Jahre an. Durch die Wiedervereinigung wurde ein neuer Markt gefunden und dadurch die ganzen Prozesse verzögert. Das haben wir sozusagen mitgetragen. Und jetzt stehen wir wieder vor diesen Umbrüchen, weil eben existenzielle Menschheitsfragen, wie man sagen muss, auch anstehen. Und das dekliniert sich bis unten durch.

**Malte Pieper**

Aber es könnte doch genau das wieder passieren, was der deutschen Linken häufiger schon mal passiert ist. Wenn Sie jetzt getrennt marschieren, wie beispielsweise in Thüringen, verlieren Sie ihre Landesregierung. Weil, wenn wir einfach rechnen, könnte es ja eben passieren, dass Bodo Ramelow nicht mehr die nötigen Stimmen zusammen bekommt –

**Petra Sitte**

– mit wem sollte man getrennt marschieren?  
Was meinen Sie da jetzt?

**Malte Pieper**

Na ja, Sahra Wagenknecht, wenn sie jetzt –

**Petra Sitte**

– Sahra Wagenknecht ist aus meiner Perspektive nicht mehr links. Entschuldigung. Das ist eine irri- ge Annahme.

**Malte Pieper**

Aber es ist doch sehr wahrscheinlich, dass Sahra Wagenknecht der Linkspartei Stimmen wegnehmen wird in Thüringen. Und dass es das dann war mit einer linken Regierung

**Petra Sitte**

Das kann sein. Aber dann muss ich sagen, Sahra Wagenknecht hat auch eine Verantwortung dafür, was hier in dem Land passiert. Und wenn man angesichts des anderen Spitzenkandidaten, Herrn Höcke, ernsthaft auf die Idee kommt, in Thüringen gegen die Linke... oder sich dort überhaupt aufzustellen, wissend, dass das auch Bodo Ramelow es schwerer macht, dann hat man eigentlich seine eigene Verantwortung in dieser Gesellschaft nicht verstanden.

**Malte Pieper**

Aber mit dem Argument dürfte Sahra Wagenknecht auch in Sachsen nicht antreten. Weil dann könnte es sein, dass die Linke unter 5% landet. Weil Sie liegen in Umfragen bei 9%, dann ist es ja nicht mehr weit bis zu 5%. Also mit dem Argument würden ja immer mehr Möglichkeiten für Sahra Wagenknecht wegfallen.

**Petra Sitte**

Also zwischen Sachsen und Thüringen ist nun mal ein qualitativer Unterschied, das will ich wohl festhalten. Also nicht, dass ich eine besondere Freundin von Herrn Kretschmer bin. Aber zwischen Höcke und Kretschmer liegen dann doch noch einmal gelegentlich Welten. Und vor dem Hintergrund ist ja die Entwicklung in Thüringen noch mal eine Entwicklung, die auch eine Perspektive zeigt, für eine Rechts-

entwicklung in Deutschland, die genau verhindert werden muss. Und da müssen sich nicht nur Sahra Wagenknecht, sondern müssen sich auch die anderen Parteien fragen: In welchen Konstellationen stehen wir in den Wahlen und nach den Wahlen? Und gemeinsam dort gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen für die Konditionierung der Demokratie, das müssen sich schon alle fragen. Da müssen schon alle mit dran wirken. Ich habe gerade mal geguckt, weil ich ja auch für Kultur- und Medienpolitik zuständig bin, was in Italien passiert ist, nachdem Frau Meloni die Regierung übernommen hat. Das hat seinen Vorläufer schon in Polen und in Ungarn gefunden. Da wurden öffentliche Meinungen, da wurden bei Protagonisten der öffentlichen Meinung, da wurden Sender, da wurden Personen rausgedrängt aus diesen Systemen. Und Frau Meloni besetzt alle Positionen mit Parteigängern. D. h. also, dass dort Gefolgschaften gebildet werden. Und dass das natürlich dann keinen demokratischen Diskurs ermöglicht, das liegt ja dann auch auf der Hand. Und dann wird natürlich auch das ausgehöhlt, was diese Menschen selber abschafft. Also das würde ja bedeuten, auch demokratische Instrumente zu verlieren, die auch Änderungen in der Gesellschaft ermöglichen und letztlich auch durchaus deren Abwahl. Also ich will mal sagen, man muss sich schon mal die Dinge zu Ende denken. Es könnte sein, dass wir an so einem Punkt in Deutschland sind.

**Malte Pieper**

Wir haben in der letzten Ausgabe von Wahlkreis Ost mit zwei Politikwissenschaftlern aus Ostsachsen diskutiert, nämlich mit Julian Neckow und Clemens Kießling. Und einer der beiden hatten eine ungewöhnliche Studie für die Hochschule Zittau Görlitz gemacht. Da ist er mit seinem Team in Kneipen von Görlitz gegangen und hat da Tiefeninterviews über Politik, Politiker, Erwartungen an Politik gemacht. Und eine der Erkenntnisse war wieder einmal, dass es im Osten eine andere Erwartung an Politik gibt. Die beiden landeten dann bei der These, dass es quasi eine Art Dienstleistungsmentalität gibt. Der Staat als Dienstleister, der mich selbst aus der Verantwortung entlässt.

### **Clemens Kießling**

*Wir merken es auch in unserem Alltag, unabhängig von Analysen, dass natürlich der Osten komplett anders sozialisiert ist und dass sich diese Sozialisierung auch bis in den heutigen Tag reinträgt. D. h. eine starke Staatlichkeit ist natürlich auch eine Erwartungshaltung, die sich bis heute gehalten hat. Man hat schon ziemlich deutlich gesagt bekommen, was der Staat an Fürsorgeaufgaben hat. Und diese Fürsorgeaufgaben sind jetzt nicht unbedingt überführt worden in Eigenverantwortung. Das ist vielleicht selbstkritisch betrachtet noch was, was wir erst noch lernen müssen. 30 Jahre sind jetzt betrachtet auf die Weltgeschichte sehr, sehr wenig. Und auch die dritte Generation Ost, die ja häufig in Referenzen zugezogen wird, hat noch zum Teil diese überhöhte oder erhöhte Anforderungen an Staatlichkeit.*

### **Malte Pieper**

Die beiden sind Anfang 30. Das komplette Gespräch mit Julian Neckow und Clemens Kießling im Wahlkreis Ost. Wie alle unsere Podcasts werbefrei in der App der ARD-Mediathek. Und dazu hat uns geschrieben Herr Z. aus Jena an [wahlkreis-ost@mdr.de](mailto:wahlkreis-ost@mdr.de): „Als Laie frage ich mich aber: Ist das nicht genau die Funktion, oder besser, die Wirkung einer repräsentativen Demokratie? Mit der Wahl gebe ich für vier oder fünf Jahre meine Verfügungsgewalt in die Hände der gewählten Abgeordneten. Ich bin dann den Entscheidungen der Abgeordneten in ihrer Funktion als Legislative quasi in Anführungszeichen ausgeliefert“ schreibt Herr Z. „Ich muss akzeptieren, notfalls umsetzen, was beschlossen wird. Selbst wenn man sich über Vereine, Ehrenamt oder Ähnliches in die Zivilgesellschaft einbringt, liegt die letztendliche Entscheidungsgewalt über die Regeln des Zusammenlebens doch in der Hand der Abgeordneten. Und nicht wenige Abgeordnete kommunizieren das auch so: Du Bürger, lass das mal die Profis machen. Was also genau wird von mir als Bürger erwartet, welche Wege, welche Mittel soll ich einsetzen, um dem Vorwurf zu entgehen, ich würde den Staat als Dienstleister missbrauchen? Wie lautet Ihre Antwort?“

38:08

### **Petra Sitte**

Also ich bin ja auch ostdeutsch sozialisiert, und ich kann daran nichts Schlimmes finden, dass die Menschen Erwartungen an den Staat richten. Ich habe es ja vorhin gesagt, ein funktionierendes öffentliches Bildungswesen, funktionierende Infrastruktur und Bibliotheken, Schwimmbäder, alles das, Kunst, Kultur, die Fragen auch des Alltags. Ich meine, dafür zahlen wir ja auch alle Steuern, das muss ich jetzt mal sagen. Und insofern, wieso sollten dann nicht auch die Leute Erwartungen an einen funktionierenden Sozialstaat richten? Also das ist doch sozusagen auch das gemeinschaftliche Tragen dieser Dienstleistungen, um diesen Begriff aufzunehmen –

### **Malte Pieper**

– aber geht es nicht eher um die Frage: Wenn mein Gartenzaun mal wieder gestrichen werden muss, dass ich ihn auch selber streiche und nicht warte, dass jemand kommt, dass er gestrichen wird?

### **Petra Sitte**

Ja, das macht ja auch keiner, was? Das macht man schon selbst. Und nebenbei, zu dieser Erzählung gehört noch eins: ein Widerspruch zu dieser ganzen Geschichte. Wenn Sie heute mit Ostdeutschen reden und die Umfragen sagen ja immer, dass die Ostdeutschen sich materiell eigentlich relativ gut gesichert fühlen. Also das, was sie materiell für sich empfinden, ist ja ein Widerspruch zu dem, was sie an Kritik gegenüber Politik zum Ausdruck bringen. D. h. doch aber umgekehrt, wenn man das weiterdenkt, was die beiden Politikwissenschaftler gesagt haben, dass sie diesen bescheidenen Wohlstand oder auch größeren Wohlstand auf sich selber zurückführen, weil sie ja eigentlich von den Leistungen des Staates enttäuscht sind. Also das, was ich für mich geschaffen habe, habe ich auf meinem eigenen – Entschuldigung – Arsch geschaffen. Und ansonsten bin ich in vielerlei Hinsicht enttäuscht, weil das, was vorher unter Umständen für mich noch von Seiten des Staates geleistet wurde ... ein Unterricht, der nicht ausfällt. Ich kann mich in meiner Schulzeit an nicht eine einzige ausgefallene Stunde erinnern und ich war bestimmt nicht die beste Schülerin. Ich wäre schon mal froh

gewesen, wenn eine ausgefallen wäre. Also diese Dinge werden mit besonderer Sensibilität wahrgenommen, weil manches anders erlebt worden ist. Oder Kultur... ich spreche heute mit Künstlerinnen und Künstlern, die sagen: Ja, klar haben wir Staatsaufträge bekommen, aber ich musste nicht ständig um meine Existenz fürchten. Und wir sind die stärksten Verfechter des Grundeinkommens. Also insofern ist das ein wenig ambivalent, aber im Grundsatz: Der schlanke Staat bedeutet am Ende immer, dass die Besserbetuchten sich das leisten können und die anderen einen Nachteil davon haben. Und das, finde ich, muss nicht das politische Prinzip sein, nachdem in diesem Land entschieden wird.

### Uwe Jahn

Aber vielleicht ist ja darin auch ein Problem begründet, das ich mal so beschreiben will – du hast es schon mit dem Gartenzaun so ein bisschen angedeutet – wenn in dem Moment, wo man dem Staat so viel Verantwortung gibt oder sozusagen eine so große Erwartungshaltung auch an den Staat formuliert, hält einen das womöglich ja auch ein bisschen davon ab, Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Also ich sage es jetzt: Natürlich kann man das generell dem Staat als Versagen auslegen, dass es so etwas wie Tafeln geben muss. Es gibt diese Tafeln aber, weil Menschen etwas in die Hand genommen haben und gesagt haben: So, liebe Freunde, wenn das hier nicht funktioniert, dann machen wir eben selbst. Und dieses selbstmachen – ich weiß, dass es das in Ostdeutschland natürlich wie in Westdeutschland gibt – aber ich weiß auch, dass es da größere Flächen gibt, in denen das mehr möglich wäre, sagen wir so.

### Petra Sitte

Ja, kann man sagen. Aber ich erlebe eigentlich eine ziemlich agile Ehrenamtsgesellschaft in meinem Land, in meinem Wahlkreis. Ob das jetzt die Freiwilligenagentur in Halle ist, die ausgezeichnet worden sind für ihre ungewöhnlichen Projekte, ob das die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft ist, oder ich war letzte Woche bei der Tafel in Eisleben, da haben wir 610 Euro Spende übergeben. Es sind ja auch buntgemischte – oder in Magdeburg haben wir den größten eSport-Club – und die sind sozial

so durchmischt. Also da ist schon eine Menge da. Aber die wollen natürlich auch nicht ersetzen einfach nur, was der Staat nicht leistet. Und das ist etwas, worauf aber in der Politik gesetzt wurde über viele Jahre, ob das jetzt Freiwilligendienste sind oder anderes, dass der Abbau, der in diesen Bereichen stattgefunden hat, mehr und mehr durch Ehrenamt ersetzt worden ist, und das spüren die Leute natürlich. Insofern glaube ich schon, dass dieser solidarische Grundgedanke bei vielen verankert ist. Am schärfsten war für mich das Erlebnis der beiden Hochwasser an der Elbe oder des Hochwassers an der Saale. Da war der Bär los, weil so viele Leute gesagt haben: Es kommt jetzt auf mich an. Und so kommt es eben auf jeden auch in der Gestaltung der Gesellschaft an. Rückzug bedeutet, den anderen das Feld zu überlassen, dann wird über mich entschieden. Und das muss man sich klarmachen. Wenn man das will, ja, dann soll man sich zurückziehen. Aber viele, die im Ehrenamt sind, ziehen sich eben genau nicht zurück und die sind auch politisch wach.

43:42

### Malte Pieper

Petra Sitte, Linken-Bundestagsabgeordnete, Wahlkreis Halle. Herzlichen Dank, dass Sie da waren heute Morgen. Danke an Uwe Jahn aus dem ARD Hauptstadtstudio. [wahlkreis-ost@mdr.de](mailto:wahlkreis-ost@mdr.de) lautet die Adresse, wenn Sie uns etwas mitgeben wollen, und Wahlkreis Ost, unseren Podcast, finden Sie in der ARD Audiothek und überall sonst, wo es Podcasts gibt. Bis in 14 Tagen.

Diese Transkription ist ein Service der MDR Redaktion Barrierefreiheit. Mehr barrierefreie Angebote finden Sie hier: <https://www.mdr.de/barrierefreiheit/index.html>